

## **Die Brandstifter des sozialen Friedens**

**Beitrag von Markus Baumann**, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 2015, den Mindestkurs von Fr. 1.20 pro Euro aufzuheben hat schweizweit für Verunsicherung gesorgt.

Seither ist der Frankenkurs in aller Munde. Für Exportindustrie und die Gastronomie haben wurden Weltuntergangsszenarien prognostiziert.

Die Wirtschaftsverbände fühlten sich veranlasst, Sofortmassnahmen gegen die drohenden Verluste zu fordern. Landauf Landab fühlten sich bürgerliche Politiker berufen, in diesen Reigen einzusteigen und politische Vorstösse einzureichen.

So auch im Kanton Solothurn. Mit einem dringlichen Auftrag verlangen die bürgerlichen Parteien Sofortmassnahmen, die sie an einem sogenannten runden Tisch, einberufen und geleitet von der Solothurnischen Handelskammer, zusammengestellt haben.

SP und Gewerkschaften haben sich darauf konzentriert, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen in Kontakt zu treten und konkrete Lösungsansätze auf nationaler Ebene zu erarbeiten. So ist es unserem Ständerat Roberto Zanetti gelungen, dass die KEV-Rückvergütung beschleunigt wird und so die Liquidität der Unternehmen verbessert wird.

Auch Nationalrat Philipp Hadorn hat zwei Vorstösse im Nationalrat eingereicht, welche darauf abzielen, die Konjunktur zu stützen.

Auf kantonaler Ebene haben die Gewerkschaften intensiv mit Unternehmen verhandelt, welche direkt vom überbewerteten Franken betroffen und in Schwierigkeiten geraten sind.

Im Hinblick auf den Runden Tisch der vom Volkswirtschaftsdepartement auf kommenden Montag, 13. April 2015 eiberufen worden ist, scheint es uns angesagt, die Haltung der SP und der Gewerkschaften klar darzulegen.

Dabei scheint es uns wichtig, zum Positionspapier der Solothurner Handelskammer Stellung zu nehmen, da dies ja als Grundlage der bürgerlichen Vorstösse dient.

Mit der Einberufung des Runden Tisches der Solothurner Handelskammer, hat diese klar aufgezeigt, dass der Sozialpartnerschaft den Kampf ansagt. Anders kann nicht erklärt werden, weshalb die Gewerkschaften und die SP nicht an diesem Runden Tisch miteinbezogen wurden. Diesen Bruch haben sie mit der Aussage eines bürgerlichen Schulterschlusses bekräftigt. Es erstaunt denn auch nicht, dass im ganzen Papier die Arbeitnehmenden nicht einmal erwähnt werden.

Stattdessen versuchen sie die Gunst der Stunde zu nutzen, um einseitig Vorteile für Unternehmen und Reiche einzufordern. Mit der Frankenstärke hat das Positionspapier überhaupt nichts zu tun, sondern nur mit einer Beschleunigung der Umverteilung von unten nach oben.

Die Zeche für diese ungerechte Umverteilung sollen die Arbeitnehmenden tragen, in dem gefordert wird, dass Rechtssicherheit geschaffen werde um Löhne in Euro zu bezahlen. Weiter fordern sie, dass die Löhne der Staatsangestellten plafoniert, der GAV überprüft, angepasst oder gar gekündigt werden soll.

Demgegenüber werden weitere Steuergeschenke an Unternehmen eingefordert.

Kurz zusammengefasst geht es in diesem Positionspapier einzig darum die Arbeitnehmenden zu knechten, den Staat zu plündern und die eigenen Taschen zu füllen.

Zudem sind viele Forderungen, wie z. B. der Bürokratieabbau bereits in der Solothurnischen Verfassung verankert. Dabei sei festgestellt, dass die meisten Forderungen Departemente betreffen, welche seit Jahren in bürgerlicher Hand sind.

Die Gewerkschaften und die SP werden also auf keinen Fall auf der Grundlage dieses Papiers am einberufenen runden Tisch diskutieren. Sie vertreten nach wie vor, dass die Problematik der Frankenstärke auf nationaler Ebene gelöst werden muss und dort vor allem mit Taten, die den betroffenen wirklich dienen. Zudem setzen die hier Anwesenden auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft.

Für eine ungerechte Umverteilung unter dem Titel Frankenstärke werden wir auf keinen Fall Hand bieten.



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

**Pressekonferenz 10. April 2015  
zum „runden Tisch des Kantons Solothurn vom 13. April 2015“**

---

### **Wir brauchen endlich eine Industriepolitik**

Ist ja gar nicht so schlimm, las und hörte man in den vergangenen Wochen über die aktuelle wirtschaftliche Situation wegen der Aufhebung des Mindestkurses vom Franken an den Euro. Die Statistiken würden das belegen, sagen sie. Klar, es handelt sich ja um durchschnittliche Werte, in der die Situation in einzelnen Sektoren nicht aufzeigt.

Jedoch sehe ich im Kanton Solothurn seit dem 15. Januar 2015 tagtäglich eine andere Realität. Industriebetriebe mit ihren Angestellten, die seit der Aufhebung der Untergrenze um das wirtschaftliche Fortbestehen kämpfen. Ohne ihr Verschulden. Aufgrund eines nicht notwendigen Entscheids von drei Herren der Schweizer Nationalbank.

Sicher gibt es auch in dieser Situation Profiteure, die diese Situation missbrauchen und beispielsweise durch Gratisarbeit der Angestellten die Stückkostenzahlen der Produkte senken und damit ein höherer Gewinn ausgewiesen werden wird.

Industriearbeitsplätze sind wichtig und entscheidend für eine Volkswirtschaft. Eine Wirtschaft nur aus Dienstleistungsbetrieben ist schwach und einseitig. Fallen diese wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätze weg, leiden auch die zugehörigen Sektoren. Fakt ist auch: die Industriearbeitsplätze tragen dreimal mehr bei als die Banken zum BIP. Angestellte der Industrie sind hochqualifizierte Angestellte, die der Volkswirtschaft nützen. Das muss allen Akteuren endlich klar sein und dementsprechend muss danach gehandelt werden.

### ***Deswegen fordert die Gewerkschaft Unia:***

- Die Wiedereinführung eines Mindestkurses des Frankens zum Euro. Zu Beginn zu Fr. 1.20 mit dem Ziel von mindestens Fr. 1.30.
- Einführung einer Währungsrisiko-Versicherung die Exportindustrie sichern. Nach dem guten alten Verursacherprinzip sollte sie über eine Devisenumsatzabgabe finanziert werden.
- Wir brauchen endlich eine kräftige Innovations-, Ausbildungs- und Industrieinitiative.
- Schaffung eines Produktionsfonds für eine produktive Schweiz: Pensionskassengelder sollen die Bankenkredite ersetzen. So entginge man der unsozialen Bedingungen und daraus folgenden Kreditklemmen der Banken. Damit wären Innovation und Ökosozialer Umbau möglich. Es braucht ein zweites Kreditangebot neben den Banken.

- Die tieferen Importpreise müssen jetzt sofort weitergegeben werden.
- Lohnsenkungen und Euro-Löhne sind zu verbieten.
- Gratisarbeit der Angestellten sind an klare Bedingungen zu knüpfen wie Arbeitsplatzgarantie, zeitliche Begrenzung, Nachzahlung der Löhne im Fall von Gewinn oder bei Entlassungen.

### ***Was kann der Kanton Solothurn tun?***

- Gemeinsam mit den anderen Kantonen auf die Nationalbank einwirken, damit diese wieder einen Mindestkurs einführt. Eine Illusion? Nein, denn die grössten Aktionäre der SNB sind die Kantone und Kantonalbanken. Sie sollen die drei Herren an ihren Auftrag gemäss Verfassung erinnern, wonach sie den Gesamtinteressen der Schweiz zu dienen habe.
- Investitionspaket für innovative Projekte, für den Arbeitsplatzertalt und ökologische Umbauprojekte schüren, mit Investitionen in erneuerbare Energien, in den öffentlichen Verkehr und energetische Sanierungen von öffentlichen Bauten. Vor allem in den Sanierungen würden moderne Technologien und Werkstoffe gefördert, die gleichzeitig eine Steigerung der Energieeffizienz mit sich bringt und auch der aktuellen umweltpolitischen Forderungen nachkommt.
- Staatliche Hilfe zur Ansiedlung von neuen Unternehmen (beispielsweise bei den Steuern) soll mit einer langjährigen Arbeitsplatzgarantie versehen werden.
- „Schnelle Entlassungen“ und Massenentlassungen durch Unternehmen aufgrund der Missachtung von Mitwirkungsrechte sollen für ungültig erklärt werden. Dabei soll bei allen kollektiven Entlassungen eine Sozialplanpflicht mit der Gewerkschaft eingeführt werden.
- Förderung der Kurzarbeit mit einer Weiterbildungsoffensive für die Arbeitnehmenden und Einarbeitungszuschüsse, damit die Lernenden nach Lehrabschluss weiterbeschäftigt werden statt auf die Strasse zu landen.
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss endlich verbessert werden. Lippenbekenntnisse reichen nicht mehr aus.
- Den Abbauwünschen der Solothurner Handelskammer und der auf den Zug gesprungenen und wieder abgesprungenen und wieder zurückgekehrten Parteien eine klare Absage erteilen. Denn tut sie das nicht, schneidet sie sich ins eigene Fleisch, denn ihnen entgehen Einnahmen und der Volkswirtschaft wird Kaufkraft entzogen, was die Binnennachfrage schwächt.

*Und in einem gebe ich Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler von der FDP recht: Es braucht jetzt Ruhe und Besonnenheit und – füge hinzu - keine voreiligen Abbauschüsse.*

*Ivano Marraffino, Leiter Unia Sektion Solothurn  
079 815 87 77*



## **Beitrag von Franziska Roth, Präsidentin SP Kanton Solothurn**

Die Bürgerlichen und insbesondere die Handelskammer stellen zwar richtig fest, dass es für einen starken Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Unternehmen braucht und dass, wenn auch die Rollen unterschiedlich sind, doch alle am gleichen Strick ziehen müssen. Wenn man die Auflistung der Aktionen von den Bürgerlichen Parteien und der Handelskammer liest, wird einem klar, dass: das bürgerliche Päckli ganz und gar unschweizerisch ist und von einer beispiellosen Arroganz zeugt. In der Schweiz sucht man den Dialog und achtet die Position von Minderheiten. Das ist der Ansatz, der ein Land und somit einen Kanton krisenresistent macht.

Wir sind geradezu entsetzt ob der geplanten Massnahmen der Bürgerlichen. Inhaltlich sind diese skandalös. Picken wir nur folgenden Punkt heraus: die Forderung, die Löhne und Steuern in Euro bezahlen zu können! Diese ist völlig absurd, da das Währungsrisiko auf die Arbeitnehmenden und den Staat abgewälzt wird. Die Massnahmen kosten den Kanton viel zu viel und den Unternehmen werden massive Steuergeschenke beschert. Es kann einfach nicht sein kann, dass die Unternehmen von Steuersenkungen profitieren (ob von Frankenstärke betroffen oder nicht) und der dadurch entstehende Verlust in der Staatskasse von den Bürgerinnen und Bürgern berappt werden muss. Die Bürgerlichen sollten mit ihren Forderungen nach Steuererleichterungen für Unternehmen zurückhaltend sein denn ein Blick in die Zukunft zeigt, dass wohl mit der URS III mit weiteren Einnahmeausfällen zu rechnen ist. Wenn diese Einnahmen wirklich wegfallen so muss eine weitere Sparrunde folgen was dazu führt, dass wichtige Positionen die am runden Tisch beim Massnahmenpaket fallen gelassen wurden wieder zum Thema werden, ebenso eine weitere Steuererhöhung.

Es ist aus unserer Sicht ein richtiges Abbauprogramm. Die Bürgerlichen nutzen die Aufhebung des Euro-Mindestkurses offenbar gezielt aus, um im Kanton Solothurn

einen sozialpolitischen und ökologischen Kahlschlag voranzutreiben. So werden nicht etwa nur Massnahmen zugunsten exportorientierter Unternehmen gefordert. Vielmehr will man unter dem Deckmantel der Frankenstärke Sozialausgaben (Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe) und Landwirtschaftssubventionen kürzen, das kantonale Gebäudeprogramm (Fördergelder für die ökologische Wärmedämmung von Gebäuden) abschaffen, den GAV des Kantonspersonals kündigen, die Zersiedlung vorantreiben und die Autobahn A1 und den Regionalflughafen Grenchen «zügig und grosszügig» ausbauen.

Wir müssen gerade in der Krise aufpassen, dass diejenigen, die die Arbeit organisieren nicht zu Lasten derjenigen, die sie verrichten Profit aus der Krise schlagen können. Oder noch schlimmer, dass Opportunisten die Gunst der Stunde nutzen. Nach mehreren Krisen ist man im Kanton Solothurn anscheinend kein bisschen schlauer geworden. Nur härter. Man hatte gehofft, alle Beteiligten hätten inzwischen begriffen, welche Krisenbewältigungsrezepte funktionieren und welche nicht. Man hatte gehofft, davon ausgehen zu können, dass alle Seiten Arbeitgeber–Staat und Arbeitnehmer aufeinander zugehen und sagen: Okay, da ist was schiefgelaufen in der Vergangenheit, aber wir bauen jetzt auf den Gemeinsamkeiten auf. Falsch! Man verharrt argumentativ dort, wo man immer schon stand. Nur wer begriffen hat, dass zu einer starken Wirtschaft alle Beteiligten, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Staat und die Verwaltung beitragen, kann zu nachhaltigen Lösungen beitragen. Alle diejenigen, die in Krisenzeiten nur mit der eigenen Seite zusammenspannen, sind entweder in der Krise noch nicht angelangt und wollen opportunistisch einen Mehrwert aus der Krise schlagen oder aber sie haben nicht begriffen, wie man eine Krise bewältigt. Die SP verschliesst sich keineswegs gezielten Massnahmen, mit welchen Arbeitsplätze im Kanton Solothurn erhalten werden können (vgl. dazu z.B. den Vorstoss von Ständerat Roberto Zanetti zur rascheren Rückerstattung der kostendeckenden Einspeisevergütung an energieintensive Unternehmen). Auch unterstützen wir gezielte Massnahmen zur Stärkung des Binnenkonsums. Wir setzen bei folgen

den Massnahmen an: Die Standortpolitik ist eines der wenigen Felder der Wirtschaftspolitik, die zu einem grossen Teil auf kantonaler Ebene gestaltet werden kann. Hier braucht es

- stetig hohe Investitionen durch die öffentliche Hand was dem Gewerbe Einnahmen garantiert
- eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung  
So sollen die Verfahren vereinfacht und verkürzt und mit einer Informations- und Koordinationsstelle (One Stop shop) der Verkehr mit der Verwaltung erleichtert werden "One-stop-shop" garantiert die Förderung und Stärkung sozialverträglicher Unternehmerideen so können effiziente, unbürokratische Supportangebote für KMU bestehen und der administrative Aufwand gering bleiben.
- moderne und zuverlässige Infrastrukturen  
Mit einer engagierten Wohnbau- und Bodenpolitik muss man sich gegen steigende Mieten – auch für Gewerberäume - einsetzen.
- Kaufkraft stärken: Die SP setzt sich daher weiterhin dafür ein, dass kleine und mittlere Einkommen steuerlich nicht noch mehr belastet, sondern entlastet werden und die Vermögenden einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag an den Staatshaushalt leisten. Die Belastung der kleinen und mittleren Einkommen gehört zu den höchsten im interkantonalen Vergleich. Bei den Vermögenssteuern liegt der Kanton Solothurn hingegen bei den tiefsten.